

M12 Aus den Aufrufen und Programmen der neu zugelassenen Parteien der Westzonen zur Wirtschaftsordnung

a) Aus dem Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945

6. Enteignung des gesamten Vermögens der Nazis und Kriegsverbrecher. Übergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes zur Verfügung der kommunalen oder provinziellen Selbstverwaltungsorgane.

7. Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern. Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahmen in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden.

8. Übergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen (Verkehrsbetriebe, Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke usw.) sowie jener Betriebe, die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden oder Provinzen bzw. Länder.

(O. K. Flechtheim, Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Hamburg 1973, S. 292 ff.)

b) Aus dem Aufruf des Berliner Zentralaussschusses der SPD vom 15. Juni 1945

4. Wiederaufbau der Wirtschaft unter Mitwirkung der kommunalen Selbstverwaltung und der Gewerkschaften. Beschleunigte Wiederherstellung der Verkehrsmittel. Beschaffung von Rohstoffen. Beseitigung aller Hemmungen der privaten Unternehmerinitiative unter Wahrung der sozialen Interessen. [...]

6. Neuregelung des Sozialrechtes. Freiheitliche und demokratische Gestaltung des Arbeitsrechtes. Einbau der Betriebsräte in die Wirtschaft. Mitwirkung der Gewerkschaften und Verbrauchergenossenschaften bei den Organisationen der Wirtschaft. [...]

8. Verstaatlichung der Banken, Versicherungsunternehmen und der Bodenschätze. Verstaatlichung der Berawerke und der Energiewirtschaft. Erfassung des Großgrundbesitzes und der lebensfähigen Großindustrie und aller Kriegsgewinne für die Zwecke des Wiederaufbaus. Beseitigung des arbeitslosen Einkommens aus Grund und Boden und Mietshäusern. Scharfe Begrenzung der Verzinsung aus mobilem Kapital.

(O. K. Flechtheim [Hrsg.], Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Bd. 3. Berlin 1963, S. 1 ff.)

Demokratisierung der Wirtschaft; weitgehende Mitbestimmung

Verstaatlichung der Banken, des Montanbereichs, der Großindustrie

Insgesamt sehr starke sozialistische Elemente